

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 64 (1972)

Heft: 11-12

Artikel: Multinationale Firmen

Autor: Feather, Victor

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354583>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Multinationale Firmen

Victor Feather

Victor Feather, der Generalsekretär des britischen Gewerkschaftsbundes (TUC), befasst sich in seinem Beitrag mit der Tätigkeit multinationaler Firmen in Grossbritannien und mit den Konsequenzen, die sich daraus für die Gewerkschaften ergeben. Die Schlussfolgerungen, die der Autor zieht, dürfen allgemeine Gültigkeit beanspruchen. – Der Artikel von Victor Feather ist im Mai-Heft der «Freien Gewerkschaftswelt» erschienen, der Monatsschrift der IBFG.

«Alle Weltkarten sind falsch, denn die Trennungslinien zwischen den verschiedenen bunten Farbflecken geben ja gar nicht die wirklichen Machtgrenzen und die Verteilung der Welt zwischen den Völkern an.»

Wer so etwas vor 20 Jahren gesagt hätte, wäre schief angesehen worden. Heute liegen die Dinge anders. Wohl zeigt der Schulatlas noch immer diese Linien – mehr oder minder an den gleichen Stellen – und sie geben auch tatsächlich über bedeutsame *politische* Tatsachen Aufschluss. Aber wer an *wirtschaftlichen* Tatsachen und an den Grenzen wirtschaftlicher Machtbereiche interessiert ist, der sollte sich lieber eine weniger traditionelle Weltkarte beschaffen – zum Beispiel die Welt nach der Projektion von General Motors oder Esso oder Unilever. Denn an diesen Karten, die eine Zentrale in einem Lande ausweisen, aber Produktions- und Absatzgebiete in zahllosen anderen Ländern, lassen sich immer zuverlässiger die tatsächlichen wirtschaftlichen Machtverhältnisse ablesen.

Man sagt, dass am Ende dieses Jahrhunderts den Welthandel voraussichtlich etwa 200 Organisationen beherrschen werden, deren Geschäftsgebarung sich völlig über alle hergebrachten nationalen Grenzen hinwegsetzt. Heute bereits erscheinen Völker mittlerer Grösse gemessen an den wirklichen Weltunternehmungen wie Zwerge. Der Umsatz der Firma General Motors zum Beispiel ist grösser als das Sozialprodukt der Niederlande oder Belgiens oder Norwegens und Dänemarks zusammen.

Diese Tatsachen sind bekannt. Weniger klar ist, was sie für die grundlegenden Interessen der arbeitenden Bevölkerung in allen Ländern bedeuten. Aufschlussreich ist hier die britische Erfahrung. Grossbritannien steht sozusagen auf halbem Wege zwischen den Vereinigten Staaten – dem Hauptursprungsland multinationaler Firmen – und den meisten anderen Ländern, in denen solche Firmen nur Niederlassungen haben. Es ist also zugleich ein Mutter- und ein Gastland für solche Unternehmen und bietet in vielfacher Hinsicht ein Schulbeispiel für die Vorteile, und auch die Gefahren, die solche Firmen den Ländern beider Arten bieten.

Ausländische Firmen in England

Betrachten wir Grossbritannien zunächst als «Gastland». Ausländischen – grösstenteils amerikanischen – Firmen gehören etwa 15 Prozent der Industrie. Sie konzentrieren sich hauptsächlich auf die Schlüssel- und Wachstumssektoren der Industrie: daher beherrschen sie zusammen mehr als die Hälfte der Fahrzeug- und pharmazeutischen Produktion, die Hälfte der elektronischen Industrie und liefern nicht weniger als 80 Prozent aller britischen Büromaschinen. Sie sind also eine Macht, mit der man durchaus rechnen muss. Oberflächlich gesehen scheint dies der britischen Volkswirtschaft ausgesprochene Vorteile zu bieten, indem eine Menge ausländisches Geld ins Land fliesst und neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Bei näherer Betrachtung muss man diesen Eindruck wesentlich revidieren. Die Firma IBM hat sich zum Beispiel in den letzten 20 Jahren in Grossbritannien zu gigantischen Ausmassen entwickelt, dabei sind aber mindestens 90 Prozent dieses Wachstums aus den Profiten der britischen Tochterfirma und mit örtlich aufgebrachten Geldern finanziert worden – und keineswegs von der amerikanischen Muttergesellschaft. Das Kapital, das nach England einströmt, ist in vielen Fällen geringer als das Kapital, das in Form von Profiten, Zinsen und Lizenzgebühren das Land wieder verlässt.

Was den Arbeitsmarkt betrifft, so ist es unbestreitbar, dass die ausländischen Firmen zusätzliche Beschäftigung für britische Arbeiter geschaffen haben. Ebenso unbestreitbar ist aber, dass diese Arbeitsplätze von Faktoren abhängen, die ausserhalb der britischen Volkswirtschaft stehen und sich der Kontrolle der britischen Regierung entziehen.

An manchen Orten sind die Beschäftigungsaussichten heute in schlagender Weise von Ereignissen abhängig, die sich in weiter Ferne abspielen, etwa ein weltweiter wirtschaftlicher Rückschlag für die Muttergesellschaft oder ein Rückgang im amerikanischen Markt. Mehr als tausend Arbeitsplätze verschwanden vor kurzem von einem Tag zum andern in einer amerikanischen Firma in Schottland – grossenteils in Folge von Marktschwankungen in USA. Ueberdies aber sind die neuen Arbeitsplätze nicht nur weniger sicher, sondern auch in ihrem Charakter und Ausmass stark beschränkt. Multinationale Firmen neigen dazu, bestimmte technische Operationen auf einzelne Länder ihrer Wahl zu konzentrieren, und dies kann zu einer immer grösseren Störung des Arbeitsmarktes im Gastlande führen.

Zum Beispiel erlebt Grossbritannien wie andere europäische Länder das Problem, dass ein Grossteil der hochqualifizierten technischen Produktion auf die Vereinigten Staaten übergeht, so dass wir Gefahr laufen, unsere Stellung als ein Land erstklassiger Forschungsarbeit auf vielen Gebieten zu verlieren. Ein wesentliches Arbeitsfeld

gerät daher in steigendem Masse unter die Kontrolle der Leiter multinationaler Firmen. Dies sollte der Regierung sehr zu denken geben.

Die massiven Manöver dieser internationalen Riesenfirmen sind eine Herausforderung für die Verhandlungsstärke der Gewerkschaften in ganzen Wirtschaftsbereichen. Die besondere Struktur der multinationalen Gesellschaft kann einen dramatischen Einfluss auf das Machtverhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber ausüben. Die Streikwaffe stumpft sich wesentlich ab, wenn der Arbeitgeber imstande ist, die Produktion von einer bestreikten Fabrik in ein anderes Unternehmen, vielleicht in einem weit entfernten Lande, zu verlegen. Dies ist nur zu leicht, wenn die Fabrik, die in den Konflikt hineingezogen wird, klein ist, oder wenn ihre Erzeugnisse in der Gesamtproduktionskette des Unternehmens kein wesentliches Glied bilden.

Selbstverständlich haben viele ausländische Unternehmen eine so ausgedehnte Tätigkeit, dass sie sich den unmittelbaren Auswirkungen eines Streiks nicht völlig entziehen können. Zum Beispiel wäre es zwecklos für sie, damit zu drohen, eine riesige Anlage über Nacht stillzulegen. Aber in Krisensituationen können sie eine ähnliche und fast ebenso folgenschwere Drohung ausüben, und tun das auch, nämlich künftig Investitionen in anderen weniger «unruhigen» Ländern anzulegen. Die vorjährige Auseinandersetzung mit der Ford-Fabrik in Dagenham – der längste Konflikt in der Geschichte dieser Tochterfirma – war durch eine Drohung dieser Art gekennzeichnet. Anfang Februar traten 50 000 Arbeiter anlässlich eines Lohnkonflikts in Streik. Einen Monat später streikten sie noch immer. Inzwischen hatte Henry Ford angeblich erklärt, die Gesellschaft werde sich in Zukunft von britischen Lieferungen völlig unabhängig machen, und dieser Streik sei der Anfang vom Ende der Firma Ford in Grossbritannien.

Dies ist jedoch nicht das einzige Problem, dem Gewerkschaften in ihren Beziehungen zu ausländischen Firmen in England begegnen. Allzu oft suchen solche Unternehmen ihre eigenen Auffassungen von Industriebeziehungen zu importieren und lehnen das britische Modell ab, bei dem Streitfragen – bisher noch immer – lieber im gegenseitigen Einvernehmen als durch Berufung auf ein Gesetz beigelegt werden. Zum Teil lehnen sie den Gedanken einer Anerkennung der Gewerkschaften oder weitreichender Beratungen mit ihnen von Anfang an scharf ab.

Britische Firmen im Ausland

Wie steht es nun mit multinationalen Firmen, die in Grossbritannien ihre Zentrale haben? Früher betätigten sich britische Firmen im Ausland, wenn sich dort besondere Vorteile boten, zum Beispiel

in Form von Rohmaterialien oder einem starken Angebot an Arbeitskräften. Es handelte sich hierbei im wesentlichen um die Öl-, Tabak-, Chemikalien- und Gummiindustrie.

Während des letzten Jahrzehnts hat sich aber in der Form britischer Investitionen im Ausland eine entscheidende Veränderung vollzogen, indem immer mehr Gewicht auf Industrien gelegt wird, die technisch weiter fortgeschritten sind und anspruchsvollere Waren herstellen. Zum Beispiel hat sich die britische Elektronikindustrie in wesentlichem Umfang auf Gebiete wie Portugal, Spanien, Barbados, Südkorea und Hongkong verlagert.

Die Hauptattraktion für die Muttergesellschaft besteht hier im billigen Arbeitsangebot. Man spricht in diesem Zusammenhang von «Abwanderer-Firmen», weil sie im Gegensatz zu dem üblichen Verhalten multinationaler Firmen die Produktion im Ursprungslande stilllegen und sie ganz und gar in ein Entwicklungsgebiet verlagern. Das bedeutet, grob gesprochen, dass in solchen Gebieten Arbeitsplätze auf Kosten der britischen Arbeiter geschaffen werden.

Dies wäre an sich kein Grund, die neue Entwicklung zu verdammen. Fortgeschrittene Länder haben entschieden die Verpflichtung, das Wachstum in Entwicklungsländern zu fördern, und das kann geschehen, indem sie dort neue Industrien aufbauen. Aber eben nicht um jeden Preis. Die Arbeitnehmer in den rückläufigen Industrien in Grossbritannien müssen ungebührlich hohe Opfer bringen, weil die Regierungen nicht die erforderlichen Anpassungsmassnahmen für solche Wirtschaftszweige und für eine Vollbeschäftigungspolitik im allgemeinen treffen. Sie werden stärker betroffen, als es notwendig wäre, solange andere fortgeschrittene Länder Handelsschranken gegen gewisse Einfuhren aufrechterhalten und sich schützen auf Kosten von Ländern, die auf solche Schranken verzichten.

Dabei bringen sie ihren Arbeitskollegen in Entwicklungsländern nicht einmal wirkliche Vorteile, solange diese neuen Waren dort, wie es so oft geschieht, unter haarsträubenden Bedingungen und zu Niedriglöhnen hergestellt werden. Solange dies der Fall ist, werden die «Abwandererfirmen» hohe Profite einstreichen und die arbeitenden Menschen in allen Ländern das Nachsehen haben.

Aufgaben für die Gewerkschaftsbewegung

Die Lehre für die Gewerkschaften in Grossbritannien und in der ganzen Welt liegt auf der Hand. Sie müssen der Herausforderung der multinationalen Firmen begegnen, indem sie ihrerseits Verbindungen über die Landesgrenzen hinweg anknüpfen und eine gemeinsame Strategie gegenüber dem gemeinsamen Arbeitgeber entwickeln. Das langfristige Ziel muss es sein, ein neues Muster internationaler Betriebsbeziehungen zu entwickeln, indem internationale Firmen gleichzeitig mit all den Gewerkschaften Gespräche führen,

die ihre Belegschaften in allen Teilen der Welt vertreten. Die Gewerkschaften müssen ferner darauf sehen, ihre Lohnforderungen über die Landesgrenzen hinaus zu koordinieren.

Vorerst müssen die Gewerkschaften ein System des gegenseitigen Beistandes entwickeln, damit Arbeitnehmer in einem Konfliktsfall an ihre Kollegen im Ausland appellieren können, industrielle Massnahmen für sie zu ergreifen. Der Drohung einer Produktionsverlagerung kann man zum Beispiel durch ein Ueberstundenverbot, durch Sympathiestreiks oder einen Kaufboykott begegnen.

Erfreuliche Fortschritte sind bereits in dieser Hinsicht festzustellen. Zum Beispiel verpflichtete sich im Ford-Konflikt der Weltautorat des Internationalen Metallarbeiterbundes, den britischen Arbeitnehmern jede nur mögliche Hilfe zu leisten. Diese Erklärung umfasste Gewerkschaften in nicht weniger als 19 Ländern. Ein Beispiel aus jüngster Zeit bietet der geplante gleichzeitige Eintagsstreik in Grossbritannien und Italien gegen den Rückgang der Beschäftigung, der die Belegschaften der Pirelli-Dunlop-Gruppe bedroht.

Vielfach gehen solche Massnahmen unmittelbar auf die internationales Berufssekretariate zurück, die in dieser Hinsicht eine entscheidende Rolle zu spielen haben. Wir müssen mit allen Mitteln versuchen, ihre Schlagkraft zu stärken und ihre Tätigkeit auszubauen. Die Gewerkschaften müssen aber auch auf ihre Regierungen – und über den IBFG auf *alle* Regierungen – Druck ausüben, die multinationalen Firmen stärker unter öffentliche Kontrolle zu bringen.

Britische Gewerkschaften bestehen darauf, dass ihre Regierung in irgendeiner Form letztlich die Formen der Sozialbeziehungen, die Arbeitskräfteplanung und die Finanz- und interne Handelsgebarung ausländischer Firmen, sowie deren Politik bezüglich Ueberweisungen und Dividenden und Forschungstätigkeit kontrollieren müsste. Sie fordern, dass die Regierung die Gesamtplanung solcher Firmen in die nationale Wirtschaftsplanung einbezieht und den Fluss direkter Investitionen und Einkünfte nach innen wie nach aussen schärfster überwacht.

Internationale Initiativen sind erforderlich, um mit neuen Tendenzen in Ländern mit niedrigen Kosten fertigzuwerden. Institutionen wie GATT müssen so umgestaltet werden, dass sie das Problem meistern können, internationale Firmen zur Einhaltung angemessener Handelsgepflogenheiten zu zwingen und Regierungen nahelegen, dass sie für die Einhaltung gerechter Arbeitsnormen sorgen.

Die Regierungen der Entwicklungsländer müsste man dazu bringen, ein ausgeglicheneres inneres Wachstum zu erzielen, indem sie ihre heimischen Märkte ausbauen, die Leistungsfähigkeit ihrer Landwirtschaft steigern und eine verarbeitende Industrie vor allem für Nahrungsmittel entwickeln.

Multinationale Firmen sind wohl Riesen, sie brauchen aber keine

Ungeheuer zu sein. Sie können sehr vieles bieten: mehr Arbeitsplätze, grössere Produktivität und höhere Leistungsfähigkeit im Weltmassstab. Ihr Wachstum gibt uns die Chance grosser wirtschaftlicher Vorteile. Sache der Gewerkschaften und der Regierungen ist es, überall dafür zu sorgen, dass diese Vorteile allen zugute kommen.

Zeitschriften-Rundschau *Otto Böni*

Der DGB und die kommenden Bundestagswahlen

Im Zusammenhang mit den kommenden Bundestagswahlen wird wieder viel über die Neutralität des Deutschen Gewerkschaftsbundes gesprochen und geschrieben. In der Oktober-Nummer der «Gewerkschaftlichen Monatshefte» finden sich drei grundsätzliche Beiträge aus der Feder verantwortlicher Funktionäre des DGB zu diesem immer vor Wahlen hochgespielten Thema. Heinz O. Vetter erläutert die «Gewerkschaftlichen Forderungen an die politischen Parteien». Für ihn lautet die entscheidende Frage, in welchem Masse die Parteien reformbereit sind. Diese Bereitschaft soll sich allerdings nicht in allgemeinen Bekenntnissen erschöpfen, da die Qualität des Lebens immer stärker davon abhängt, ob es gelingt, privatwirtschaftliches Gewinnstreben in gesamtgesellschaftliche Prioritäten einzubetten. Eugen Loderer gibt in seinem Beitrag zu bedenken, dass gewerkschaftliche und parteipolitische Reformvorstellungen in dieser Gesellschaft auf entgegengesetzte Interessen stossen. «Ohne Konflikte mit den Besitzenden wird es nicht gehen. Die Verbesserung der Qualität des Lebens ist keine technische Frage. Sie ist eine Machtfrage.» Loderer macht klar, wo die verschiedenen Parteien in der Bundesrepublik bei dieser Auseinandersetzung stehen. Für ihn ist die Reformfeindlichkeit der CDU/CSU offensichtlich. Die FDP schwankt zwischen Fortschritt und ihren traditionellen Vorstellungen. Schlussendlich würdigt er die Bereitschaft der SPD zu weitreichenden Reformen.

Wilhelm Kaltenborn behandelt das

Thema «Einheitsgewerkschaft und Parteien». Interessant ist bei dem in diesem Artikel enthaltenen historischen Ueberblick der Hinweis auf die Gründungsphase der CDU, wo als Parteizeichnung der Name «Partei der Arbeit» zur Diskussion stand. Auf die antikapitalistischen Ursprünge der CDU verweist auch das Ahlener Programm aus dem Jahre 1947, in dem es heisst: «Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden.» Von dieser Einsicht bis zur heutigen Politik hat die CDU allerdings einen sehr weiten Weg zurückgelegt. Dass aber die Gewerkschaften in bezug auf ihre parteipolitische Neutralität diesen Wandlungen der CDU Rechnung tragen müssen, sollte selbstverständlich sein.

Plädoyer für McGovern

Unter der Ueberschrift «Zu schön, um wahr zu werden» wird in der September-Nummer der österreichischen gewerkschaftlichen Monatsschrift «Arbeit und Wirtschaft» ein Plädoyer für die Wahl von Senator McGovern zum amerikanischen Präsidenten veröffentlicht. Der Beitrag gibt Auskunft über die bisherige Karriere und die politischen Ziele des demokratischen Präsidentschaftskandidaten. Seine Wahlversprechen reichen vom Frieden in Vietnam über die Gleichberechtigung der Farbigen und Frauen, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit und Abschaffung der Armut in den USA bis zur Steuererhöhung für Konzerne und zur Verringerung der Rüstungsausgaben. Ueber Vietnam sagt er: «Am Tag meiner Vereidigung als Präsident werde ich